



Die «Black Lives Matter»-Bewegung (BLM) vereint die verschiedenen Interessengruppen in der Demokratischen Partei.

SHANNON STAPLETON / REUTERS

Die Fast-Siegerpartei

In den USA haben die Demokraten ein grösseres Wählerreservoir als die Republikaner. Aber sie werden geschwächt durch Wahlrecht und Flügelkämpfe. Gastkommentar von Stephan Bierling

Eigentlich sollte die Demokratische Partei vor Kraft strotzen: Bei den letzten acht Präsidentschaftswahlen hat sie mit einer Ausnahme – George W. Bush 2004 – stets die Mehrheit der Wähler für sich gewonnen. Vor zwei Jahren lag Joe Biden sogar mit sieben Millionen Stimmen und 4,5 Prozentpunkten vor Donald Trump. Die Demokraten kontrollieren das Repräsentantenhaus, und im Senat, wo beide Parteien gleich stark sind, sichert ihnen die Extrastimme von Vizepräsidentin Kamala Harris die Macht.

Seit dreissig Jahren identifizieren sich zudem mehr registrierte Wähler mit den Demokraten als mit den Republikanern. Vor allem bei den am schnellsten wachsenden Wählergruppen, den Bürgern hispanischer und asiatischer Herkunft sowie den besser Gebildeten, haben sie die Nase vorn – ebenso bei den Millennials, den nach 1981 geborenen Jungwählern. Seit Jahrzehnten prognostizieren Wahlforscher deshalb, die Demokraten würden aufgrund dieser Megatrends dauerhaft zur Mehrheitspartei im Land. Doch so ist es bisher nicht gekommen: Wahlrechtliche und weltanschauliche Schwierigkeiten verhindern, dass sie die amerikanische Politik so dominieren, wie sie es aufgrund ihres Wählerreservoirs könnten.

Widrige Umstände

Bei den Präsidentschaftswahlen haben die Demokraten das Pech, dass sich ihre Anhänger ungünstig über die USA verteilen; da bekommt nämlich jener Kandidat alle Wahlmänner eines Gliedstaats zugesprochen, der dort die Mehrheit erringt – wie knapp sie auch ausfällt. Die Wähler der Demokraten ballen sich an den Küsten und im Nordosten, während die der Republikaner gleichmässiger über die Nation verstreut sind.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat gewinnt seine Gliedstaaten deshalb meist mit höheren Abständen als der republikanische, der dafür in mehr Staaten das Rennen macht. Deshalb zog Bush 2000 und Trump 2016 ins Weisse Haus ein, obwohl mehr Bürger Al Gore und Hillary Clinton gewählt hatten. Die Datenanalysten von FiveThirtyEight, einem Wahlprognose-Institut, haben errechnet, dass Demokraten heute 3,5 Prozentpunkte Vorsprung vor den Republikanern brauchen, um im Wahlmännnergremium eine Mehrheit zu erzielen.

Die Republikaner haben es einfacher: Dort zwingt Trump der Partei seit Jahren seinen autoritären, fremdenfeindlichen und demokratieverachtenden Kurs auf.

Im Repräsentantenhaus kämpfen die Demokraten ebenfalls gegen widrige Umstände an. Gemäss Verfassung entscheiden die Gliedstaaten über den Zuschnitt ihrer Wahlkreise, in denen jeweils der Kandidat mit den meisten Stimmen gewinnt. Weil die Republikaner in 23 Staaten beide Parlamentskammern und das Gouverneursamt kontrollieren und die Demokraten nur in 14, haben sie darauf grösseren Einfluss. Sie packen möglichst viele Wähler der Demokraten in einen Wahlkreis, um in anderen knappe Mehrheiten erringen zu können. «Gerrymandering» nennt man diese Manipulation. Das verschaffte den Republikanern bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus in der vergangenen Dekade ein Plus von bis zu 17 Sitzen.

Den grössten Nachteil haben die Demokraten indes im Senat. Dort stehen jedem der 50 Gliedstaaten ungeachtet seiner Bevölkerungszahl zwei Sitze zu. Das wollten die Verfassungsväter so, um die politische Mitsprache der kleineren Staaten zu erhöhen. Die Stimme eines Wählers in Wyoming mit seinen 580 000 Bewohnern zählt deshalb bei Senatswahlen momentan 68 Mal so viel wie die eines Wählers in Kalifornien mit knapp 40 Millionen. Nachdem sich beide Parteien lange Zeit in den dünnbesiedelten ländlichen Staaten im Süden und Mittleren Westen die Waage gehalten hatten, entwickelten sich diese in den vergangenen sechs Jahrzehnten zu Bastionen der Republikaner. Ihre 50 Senatoren repräsentieren heute lediglich 145 Millionen Amerikaner (44 Prozent), die 50 der Demokraten dagegen 186 Millionen (56 Prozent).

Verschärfte Wahlgesetze

Das Wahlrecht der USA meint es also nicht gut mit den Demokraten. Hinzu kommt, dass die Republikaner – angeheizt durch Trumps Lüge von der gestohlenen Wahl – in vielen von ihnen regierten Staaten die Wahlgesetze verschärfen, indem sie die Briefwahl einschränken, neue Ausweispflichten einführen oder die Zahl der Wahllokale in ärmeren Stadtteilen reduzieren.

Hauptbetroffen sind Minderheiten und Jungwähler, die den Demokraten nahestehen. Es ist unklar, ob sie sich dadurch vom Wählen abhalten lassen. Jedoch zeigt es, wie weit die Republikaner heute zu gehen bereit sind, um die Macht zu errin-

gen. Trump unkte im März 2020, damals als Präsident, eine leichtere Stimmabgabe hätte zur Folge, «dass in diesem Land nie wieder ein Republikaner gewählt würde».

Allerdings machen sich die Demokraten die Wahlkämpfe und das Regieren auch selbst schwerer als nötig. Denn die Partei bildet ein Patchwork von vier unterschiedlichen Gruppen, die einander in vielen Fragen spinnefeind sind: Sozialisten, Rostgürtel-Populisten, Kulturkrieger und Technokraten.

Die Sozialisten stehen der kapitalismuskritischen Occupy-Wall-Street-Bewegung nahe, lehnen Militärinterventionen ab und fordern einen stärkeren Kampf gegen soziale Ungleichheit. Sie sind jünger, weisser, männlicher, besser gebildet und einkommenschwächer als der Durchschnittsdemokrat. Ihre wichtigsten Vertreter sind Senator Bernie Sanders und die Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez.

Die Rostgürtel-Populisten umfassen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im industriellen Herzland um die Grossen Seen. Sie sind älter, weisser, schlechter gebildet und konservativer, unterstützen staatliche Sozialprogramme wie die Rentenversicherung und die Krankenfürsorge für Alte (Medicare) und Arme (Medicaid) und lehnen Handelsliberalisierungen und schärfere Waffengesetze ab. Ihr bekanntestes Gesicht ist Senator Joe Manchin aus West Virginia.

Trump schweisst zusammen

Die Kulturkrieger kämpfen gegen Rassismus und für eine grosszügige Flüchtlings- und Einwanderungspolitik, LGTB-Rechte, liberale Abtreibungsregeln und Klimaschutz. Sie sehen sich als «woke», als politisch wach, und tragen die «Me Too»-, die «Fridays for Future»- und die «Black Lives Matter»-Bewegung. Diese Gruppe ist gut ausgebildet, relativ wohlhabend, weiblich, jung, säkular, politisch überaus aktiv und multiethnisch. Eine ihrer Anführerinnen ist Stacey Abrams aus Georgia, die erste schwarze Gouverneurskandidatin der US-Geschichte.

Die Technokraten schliesslich sind gut ausgebildet und wohlhabend und leben oft in den Vorstädten an der Ost- und der Westküste. In Fragen wie Waffenkontrolle, Homosexuellen-Ehe, Einwanderung, Abtreibung und Klimaschutz stehen sie den Kulturkriegern nahe. Sie sind jedoch wirtschaftsfreundlicher und fiskalkonservativer, unterstützen den Freihandel und betrachten private Unternehmer als essenziell für Innovation und Wohlstand. Barack Obama und Hillary Clinton gehörten zu den Technokraten, heute zählen Vizepräsidentin Harris und Verkehrsminister Pete Buttigieg zu ihren prominentesten Köpfen.

Die vier Gruppen unter einen Hut zu bekommen, ist eine Herkulesaufgabe. Nichts dokumentiert dies besser als Präsident Bidens Dauerfehde mit Manchin. Für ihn gilt die Steigerung «Feind – Erzfeind – Parteifreund». Erst liess der Senator den Traum der Sozialisten und Kulturkrieger platzen, die USA mit einem Drei-Billionen-Dollar-Programm zu einem Sozialstaat westeuropäischer Prägung umzubauen. Dann wehrte er sich erfolgreich gegen die Abschaffung des Filibuster, der Dauerrede im Senat, mit dem die Republikaner Waffenkontrolle, Umweltgesetze und andere Lieblingsprojekte der Progressiven sabotieren.

Aber der Rostgürtel-Populist Manchin ist nicht der Einzige, der die Demokraten in Probleme stürzt: Die Kulturkrieger verprellen mit ihrer Forderung, Polizeibudgets zu kürzen, und ihrer Cancel-Culture, dem sozialen Ausschluss von Personen mit unliebsamen Positionen, gemässigte Anhänger und bieten dem politischen Gegner ein leichtes Ziel.

Die Republikaner haben es einfacher: Dort zwingt Trump der Partei seit Jahren seinen autoritären, fremdenfeindlichen und demokratieverachtenden Kurs auf. Zugleich ist er für die Demokraten ein Glücksfall, weil er die disparaten Flügel zusammenschweisst und ihre Wähler mobilisiert. Sozialisten, Rostgürtel-Populisten, Kulturkrieger und Technokraten stimmen nicht in vielem überein, in ihrer tiefen Verachtung des Ex-Präsidenten allerdings schon.

Lange Zeit fürchtete die Partei ein Fiasko bei den Zwischenwahlen am 8. November. Jetzt, da Trump nach einjähriger Sendepause wieder ins Zentrum der republikanischen Politik rückt, scheint es, als ob sie zumindest den Senat halten könnte. Selbst Biden, den noch vor wenigen Monaten nur eine Minderheit der Demokraten erneut als ihren Präsidentschaftskandidaten für 2024 wollte, ist jetzt kaum mehr umstritten. Er gilt als einer der wenigen, die alle Gruppen glaubhaft vertreten können – gerade weil er in seiner fünfzigjährigen Politikkarriere immer in der Mitte der Partei stand, egal, wo diese Mitte gerade war.

Wahlen gewinnt man, das mussten die Demokraten in den vergangenen zwanzig Jahren oft leidvoll erfahren, eben nicht nur wegen der eigenen Stärke. Genauso wichtig ist es, wahlrechtliche Fortuna und einen gemeinsamen Feind zu haben.

Stephan Bierling lehrt internationale Politik an der Universität Regensburg. Zuletzt erschien von ihm bei C. H. Beck «America First. Donald Trump im Weissen Haus».